

mit der Macht seiner geistigen Entwicklung, und schließt mit folgendem Appell an die französischen Kapitalisten: »Die wirkungsvollste Diplomatie ist diejenige des Gedankens, der Sprache, der Literatur. Sie bereitet dem Handel den Weg. Die ganz kleine Minderheit derjenigen, die das Privileg der finanziellen Mobilmachung besitzen, hat auch ihre Pflichten. Wenn sie diese nicht versteht, trägt sie die Verantwortung dafür, daß der Sieg nicht ausgenutzt wird. Und das könnte sie eines Tages zu bereuen haben.«

Beruflich ist aus diesen oberflächlichen journalistischen Beurteilungen buchhändlerischer Zukunftsaufgaben mit den hochtrabenden Überschriften zwar herzlich wenig zu lernen. Wir betrachten sie mehr als Weh- und Mahnrufe, die uns dazu ermuntern sollten, die eigenen Ziele in dem bevorstehenden internationalen Wirtschaftskampfe mit um so größerer Energie und ohne Ansehen der Opfer zu verfolgen. Wenn der Franzose es nötig zu haben glaubt, seinen Buchhandel zur Ausbeutung des Sieges aufzurütteln, wieviel mehr müssen wir uns anstrengen, um allein die durch den Krieg verlorene Stellung wieder zu erringen und dem deutschen Gedanken in der Welt von neuem die Geltung zu verschaffen, auf die er trotz Zusammenbruchs und Bürgerkriegs auch heute noch ein unbestrittenes Anrecht hat. Möchten die neuen Regierungen einsehen, wieviel gerade der deutsche Buchhandel als getreuer Eckart im Lande und als Pionier im Auslande, auch in den derzeit noch feindlichen Ländern, wirken kann, und ihm die nötige finanzielle Hilfe auch in dieser schweren Zeit nicht versagen! Dieses Geld wird, muß reiche Zinsen tragen!

Leipzig.

Josef Thron

### Kleine Mitteilungen.

Das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker hat soeben den Geschäftsbericht für 1918 herausgegeben. Es muß schon gleich zu Beginn des 28 Quartseiten umfassenden Berichtes erklären, daß Arbeitslosigkeit und Arbeitsmangel wie bei Beginn des Krieges, auch heute nach Beendigung desselben die hervorragendsten Merkmale der Folgen des Krieges sind. Die erheblichen Lohnveränderungen hätten vor allem ein Zurückhalten von Druckaufträgen zur Folge gehabt; eine zutreffende Kalkulation der auszuführenden Druckaufträge sei nicht mehr zu ermöglichen. Das führe zu unhaltbaren Zuständen und nach keiner Richtung hin sei ein Ausblick auf eine bessere Zeit vorhanden. Aus diesen Ausführungen geht zweifellos hervor, daß der Deutsche Buchdruck-Preistarif zur Ermittlung der jeweils angebrachten Druckpreise nicht mehr allein maßgebend sein kann, sondern daß die freie Vereinbarung — je nach den örtlichen Verhältnissen — nicht mehr zu umgehen ist. Diese Folgerung ist auch ganz logisch, denn wenn sich die Gehilfen an den Lohnstarif, an die Beschlüsse der Tarifgemeinschaft (des Tarifausschusses) usw. nicht mehr gebunden halten, dann fällt der Preistarif von selbst in sich zusammen und an seine Stelle muß notgedrungen — wenigstens als Interregnum — die freie Vereinbarung hinsichtlich des für eine Druckarbeit zu zahlenden Preises treten.

Das Tarifamt beklagt sich darüber, daß die von der Tagespresse für das Buchdruckgewerbe erbetene Unterstützung in nur geringem Maße zugestanden wurde. Tatsache ist, daß die Presse die ihr vom Tarifamt zugegangenen Waschzettel usw., die auch besonders der Zuweisung von Druckaufträgen galten, nur in einem verhältnismäßig sehr geringen Umfange berücksichtigt. Dem in die Verhältnisse des Buchdruckgewerbes Eingeweihten wird die reservierte Haltung der Tagespresse gar nicht befremdlich erscheinen. Im großen und ganzen gibt der Bericht des Tarifamtes alle Beschlüsse und Veröffentlichungen noch einmal zusammenfassend wieder, die im Laufe des verfloffenen Jahres gefaßt und bekanntgegeben worden sind. Von dem Tabellenmaterial hat die ganzseitige Tabelle auf Seite 11 noch einiges aktuelle Interesse, da sie die genauen Löhne einschließlich aller Teuerungszulagen vom 1. Januar 1919 an wiedergibt. Diese Löhne sollten eigentlich bis 31. August 1919 verbindlich sein; im Rat versammelt sich aber wiederum der Tarifausschuß, der auch über weitere Lohn-erhöhungen befinden soll. Werden diese angenommen, so hat die erwähnte Tabelle nur noch historischen Wert. Übrigens sind die in der angezogenen Tabelle enthaltenen Ziffern bzw. die Lohnzusammenstellungen bereits in Nr. 21 des Börsenblattes vom 29. Januar dieses Jahres (Seite 69) veröffentlicht worden, und zwar einschließlich der wesentlich niedrigeren Löhne für Ausgelernte im 1. Gehilfenjahr, die sonderbarerweise in der tarifamtlichen Tabelle nicht mit aufgeführt sind. In einer doppelseitigen graphischen Darstellung wird ein interessanter Rückblick über die Entwicklung der Mindestwochenlöhne seit 1873 gegeben. Einen Anspruch auf Vollständigkeit kann diese Darstellung aber trotz ihrer geschickt vorgenommenen Anordnung nicht erheben, da z. B. die höheren Löhne der Maschinenseher erst vom Jahre 1917 an zum Ausdruck kommen (statt vom Jahre 1902 an, wo im Lohnstarif erstmalig höhere Wochenlöhne für Maschinenseher festgesetzt

wurden). Desgleichen ist die vom Jahre 1902 ab eingeführte Lohnstufelung (drei Klassen) nicht berücksichtigt worden; es wurde statt dessen stets nur der höchste Lohnsatz (Klasse C) angegeben, und zwar auch bei den Maschinensehern. Der genau und lückenlos arbeitende Statistiker kommt daher beim aufmerksamen Studium der graphischen Darstellung nicht auf seine Rechnung. Am Schlusse des Geschäftsberichts, der — alles in allem genommen — sich als eine fleißige Arbeit erweist, wird ausgeführt: »Ganz offen soll erklärt werden, daß in den jüngsten Tagen — und in der nächsten Zeit vielleicht noch mehr — unter den Tarifparteien der Gedanke laut geworden ist, daß der Tarif nur noch ein Fegenspapier und die Tarifgemeinschaft eine überlebte Einrichtung sei.« Diese Feststellung überrascht keineswegs. Wie kann man denn den Arbeitgebern Achtung vor einer Gemeinschaft zumuten, wenn nach kaum abgeschlossenen, tagelangen eingehenden Verhandlungen schließlich ein erheblicher Teil der Gehilfenschaft die kaum getätigten Lohnvereinbarungen ignoriert und durch lokale (wilde) Lohnbewegungen den Wert der Tarifgemeinschaft im Buchdruckgewerbe um ihr Ansehen bringt? Übt man keine Disziplin mehr, dann ist die Tarifgemeinschaft tatsächlich nur noch ein Fegenspapier.

**Oesterreich und das deutsche Buchdruckgewerbe.** — In der Jahresversammlung des Graphischen Klubs in Wien kam der Obmann desselben, Herr Rat Adolf Kaiser, auf die in Aussicht stehende Vereinigung Deutsch-Oesterreichs mit Deutschland zu sprechen, die nach seiner Ansicht in vieler Hinsicht und vom kulturellen Standpunkte aus wärmstens zu begrüßen sei; in wirtschaftlicher Beziehung und speziell für die graphischen Gewerbe sprächen aber arge Bedenken dagegen. Hätte man schon in früheren Jahren mit Recht die deutsche Konkurrenz zu fürchten gehabt, die zufolge ihres bedeutend größeren Absatzgebietes, ihrer intensiveren Arbeitsweise und ihrer Spezialisierung in der Lage war, viel billiger als die oesterreichischen Buchdruckereien zu produzieren, und in technischer Beziehung besser und größer eingerichtet sei, so sei es selbstverständlich, daß mit dem Sinken der Zollschranken diese Konkurrenz sich noch fühlbarer gestalten werde. Diesem zu begegnen, müsse man sich rüsten. Die oesterreichischen Buchdrucker müßten sich von dem geflügelten Worte des »Fortwursteln« endgültig befreien; es müsse ein größerer Unternehmungsgeist geschaffen werden, und vor allem müsse man sich in Oesterreich die deutsche Arbeitsweise vollständig aneignen. In Oesterreich sei noch bis zum heutigen Tage die Verlagsstätigkeit ziemlich unbedeutend, obwohl die hervorragendsten modernen Schriftsteller Oesterreicher seien.

**Keine Aufhebung der Papierkontingentierung.** — In der Sitzung der Nationalversammlung vom 11. April d. J. teilte der Abgeordnete Dr. Heinze mit, daß seitens einiger Zeitungsbetriebe eine Aktion eingeleitet werde, um die Kontingentierung des Papiers aufzuheben. Eine solche Aufhebung würde bei der gegenwärtigen Situation des Papiermarktes die Gefahr in sich bergen, daß zahlreiche kleinere und mittlere Zeitungsbetriebe zugunsten von größeren Betrieben zugrunde gerichtet werden könnten. Namens der Reichsregierung erklärte Geheimrat Dr. Trendelenburg, daß eine Aufhebung des Kontingents für Zeitungspapier nicht beabsichtigt sei. Die Regierung befinde sich dabei in Übereinstimmung mit der weitaus überwiegenden Mehrheit der deutschen Zeitungsverleger. Maßgebend für diese Stellungnahme sei, daß infolge der Arbeiter-, Kohlen- und Transportschwierigkeiten die Erzeugung von Zeitungsdruckpapier noch immer so beschränkt sei, daß der Bedarf der deutschen Presse bei weitem nicht gedeckt werden könne und daher eine behördliche Verteilung des Papiers auf die einzelnen Betriebe nach wie vor erforderlich sei, um ihnen ein Existenzminimum zu gewährleisten und die Vernichtung zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe zu verhindern. Einer Aufhebung der Kontingentierung könne das Reichswirtschaftsministerium erst dann näher treten, wenn die der Druckpapiererzeugung entgegenstehenden Schwierigkeiten überwunden seien und der Bedarf aller Zeitungen wieder im angemessenen Umfang aus der inländischen Erzeugung gedeckt werden könne. Es müsse jedenfalls damit gerechnet werden, daß die Kontingentierung auch noch im nächsten Vierteljahr, wenn auch unter wesentlicher Milderung, bestehen bleiben wird.

**Der Verband der Fachpresse Deutschlands** beschäftigte sich vor einigen Tagen nach einem Vortrage des stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Pickardt mit der Lage im Fachzeitschriftengewerbe, die noch niemals so schwierig war wie gerade gegenwärtig. Die Drucklöhne sind fortgesetzt im Steigen begriffen, die Angestellten des Verlages verlangen gleichfalls enorme Lohnerhöhungen. Die Papierknappheit dauert an, und die Erzeugung von Papier wird immer geringer, weil infolge der Kohlenknappheit bereits 230 Papierfabriken stillstehen. Die neuen Steuerpläne und die Gefahr der Sozialisierung beunruhigen